

Grundsatzprogramm

DVP-Deutsche Volkspartei



Inhaltsverzeichnis

Präambel	6
1. Staat und Demokratie	7
1.1 Freiheit im Rechtsrahmen	7
1.2 Mehr direkte Demokratie	7
1.3 Bürokratieabbau statt Selbstverwaltung	7
2. Innere Sicherheit und Rechtsstaat	8
2.1 Null-Toleranz-Politik	8
2.2 Strafrecht wieder ernst nehmen	8
2.3 Clans, Extremismus und ideologische Gewalt	8
3. Migration und Integration	9
3.1 Klare Steuerung statt Chaos	9
3.2 Qualifizierte Zuwanderung – nach unserem Maß	9
3.3 Integration als Bringschuld	9
4. Familie und Gesellschaft	10
4.1 Familie als Rückgrat der Nation	10
4.2 Elternrechte und Wahlfreiheit	10
4.3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt	10
5. Bildung und Werte	11
5.1 Leistung vor Quote	11
5.2 Allgemeinbildung und Berufsorientierung	11
5.3 Gegen ideologische Indoktrination	11
6. Wirtschaft, Arbeit und Sozialsystem	12
6.1 Freiheit statt Umverteilung	12
6.2 Steuern senken, Leistung belohnen	12
6.3 Mittelstand, Handwerk, Eigentum	12
7. Energie- und Klimapolitik	13
7.1 Vernunft statt Ideologie	13
7.2 Energieversorgung sichern	13
7.3 Keine sinnlosen Einschränkungen	13
8. Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung	14
8.1 Heimat bewahren	14

8.2 Landwirtschaft stärken	14
8.3 Raumordnung mit Augenmaß	14
9. Gesundheit und Pflege	15
9.1 Daseinsvorsorge sichern	15
9.2 Pflegekräfte stärken	15
9.3 Mischsystem erhalten – Gerechtigkeit garantieren	15
10. Sicherheit und Bundeswehr	16
10.1 Wehrhaft, aber mit Maß	16
10.2 Attraktivität statt Zwang	16
10.3 Bündnistreue – aber keine Unterordnung	16
11. Medien und Meinungsfreiheit	17
11.1 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: schlanker, neutraler, ehrlicher	17
11.2 Politische Bildung ohne Bevormundung	17
11.3 Meinungsfreiheit heißt auch Widerspruch aushalten	17
12. Identität, Kultur und Geschichte	18
12.1 Deutschland ist mehr als Verwaltung	18
12.2 Erinnerung ohne Schuld kult	18
12.3 Deutschsein ist kein Zufall	18
13. Außenpolitik und internationale Ordnung	19
13.1 NATO und internationale Sicherheitsarchitektur	19
13.2 Verhältnis zur EU	19
13.3 Verhältnis zu Russland, USA und China	19
13.4 Außenwirtschaft und Energie	19, 20
14. Digitalisierung und Infrastruktur	21
14.1 Breitbandausbau, 5G und Zukunftstechnologien	21
14.2 Digitalisierung der Verwaltung	21
14.3 Datensicherheit und Verbraucherschutz	21
14.4 Kritische Infrastruktur unter staatlicher Kontrolle	21
14.5 Innovation als Standortfaktor	22
15. Soziale Sicherungssysteme	23
15.1 Altersvorsorge: Pflicht und Freiheit	23
15.2 Kranken- und Pflegeversicherung: Wahlfreiheit statt Zwang ..	23
15.3 Der Sozialstaat als Hilfe zur Selbsthilfe	23
16. Wohnungsbau und Städteentwicklung	24
16.1 Wohnraum schaffen – statt nur verwalten	24
16.2 Mietrecht mit Augenmaß	24
16.3 Stadtentwicklung mit wirtschaftlichem Sachverstand	24

17. Justiz und Rechtsstaat	25
17.1 Unabhängigkeit der Justiz bewahren	25
17.2 Ausstattung und Effizienz steigern	25
17.3 Schutz von Verfassung und Gesellschaft	25
17.4 Schutz für Whistleblower – Klarheit für Grenzen	25
18. Innere Werte, Religion und gesellschaftliche Grundordnung	26
18.1 Trennung von Staat und Religion	26
18.2 Religion im öffentlichen Raum	26
18.4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Werte	26
19. Umwelt-, Klima- und Energiepolitik	27
19.1 Klimapolitik mit Vernunft	27
19.2 Energieversorgung: stabil, bezahlbar, souverän	27
19.3 Keine Einschränkungen ohne Augenmaß	27
19.4 Heimat schützen – nicht global überdrehen	27, 28
20. Landwirtschaft, Ernährung und ländlicher Raum	29
20.1 Landwirtschaft als Partner der Gesellschaft	29
20.2 Ernährungssicherheit und Qualität	29
20.3 Förderung des ländlichen Raums	29
20.4 Nachhaltigkeit durch Innovation und Praxis	29

Präambel

Deutschland ist ein souveräner Nationalstaat mit tiefen Wurzeln in Geschichte, Recht, Kultur und Leistung. Die Partei **DVP-Deutsche Volkspartei** tritt an, um diesem Land seine Stabilität, Handlungsfähigkeit und politische Vernunft zurückzugeben. Unsere Leitlinie ist keine rückwärtsgewandte Nostalgie, sondern ein klares Bekenntnis zu Maß, Mitte und gesunder nationaler Selbstachtung.

Wir erkennen die Herausforderungen der Zeit: ideologisch getriebene Politik, zerredete Grundwerte, überbordende Bürokratie, eine zunehmend übergreifende Verwaltung und eine Entkopplung von Volk und politischer Klasse. Wir setzen dem einen neuen Gesellschaftsvertrag entgegen: Ein Staat, der schützt, nicht gängelt. Eine Politik, die spricht, wie der Bürger denkt. Eine Gemeinschaft, die nicht aufgibt, sondern fordert.

Wir stehen für ein konservatives Deutschland mit freiheitlicher Ordnung, funktionierenden Institutionen, klarer Identität und dem festen Willen, wieder selbst über das eigene Schicksal zu entscheiden.

1. Staat und Demokratie

1.1 Freiheit im Rechtsrahmen

Freiheit ist kein Freifahrtschein. Sie braucht Regeln, sonst wird sie zur Willkür. Der Staat hat die Pflicht, seine Ordnung konsequent und ohne ideologische Schieflage durchzusetzen. Wer Recht beugt, schwächt das Vertrauen der Bürger. Wir bekennen uns zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, zur Gewaltenteilung und zur Unabhängigkeit der Justiz. Diese Grundpfeiler sind keine dehnbaren Prinzipien, sondern Verpflichtung.

Wir treten ein für eine Regierung, die ihrer Verwaltung vorsteht – nicht unterliegt. Für Parlamente, die wieder kontrollieren – nicht abnicken. Und für einen Rechtsstaat, der funktioniert – nicht relativiert.

1.2 Direkte Demokratie und Volksentscheide

Der Souverän ist das Volk, nicht das Parteiensystem. Wir fordern die Einführung verbindlicher bundesweiter Volksentscheide bei Fragen von grundlegender Bedeutung: EU-Verträge, Migrationsregeln, verfassungsnahe Themen oder Eingriffe in Bürgerrechte dürfen nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entschieden werden. Wer eine echte Demokratie will, muss dem Volk auch zutrauen, mitzureden.

Parlamente und Regierungen bleiben Werkzeuge der demokratischen Ordnung – aber sie sind nicht deren Eigentümer. Wer dauerhaft gegen den Willen der Mehrheit regiert, verliert seine Legitimation.

1.3 Schluss mit Parteienstaat und Behördenfilz

Wir fordern einen klaren Schnitt zwischen Verwaltung und Parteipolitik. Öffentliche Stellen dürfen kein Abstellgleis für politische Netzwerke und Postenschacherei sein. Leistung, nicht Loyalität, muss über berufliches Fortkommen entscheiden.

Die Bürokratie muss reformiert, verschlankt und digitalisiert werden. Bürger müssen ihre Anliegen schnell und effizient erledigen können – ohne Frust, Formulare und Fristen, die nur sich selbst dienen. Wir beenden die Selbstverwaltung durch Lobbygruppen und Interessenzirkel – und holen die Politik zurück auf den Boden der Bürger.

2. Innere Sicherheit und Rechtsstaat

2.1 Sicherheit als Grundrecht

Sicherheit ist nicht verhandelbar. Wer sie nicht garantiert, versagt im Kern seiner staatlichen Aufgabe. Wir bekennen uns zu einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt, Bedrohung, Kriminalität und rechtsfreien Räumen. Polizei, Justiz und Verfassungsschutz werden personell, technisch und rechtlich deutlich gestärkt. Der Staat darf nicht Zuschauer sein, wenn er herausgefordert wird – er muss handeln, bevor sich Parallelstrukturen festsetzen.

Wir stehen hinter unseren Einsatzkräften. Wer Polizisten, Feuerwehrleute oder Sanitäter angreift, greift den Staat an. Solche Taten müssen spürbare Konsequenzen haben – ohne Milde, ohne Bagatellisierung.

2.2 Ein Strafrecht, das ernst genommen wird

Das deutsche Strafrecht hat sich in Teilen von der Realität entfernt. Wer schwere Gewalttaten begeht, muss mit harten Strafen rechnen – ohne Ausweichmechanismen, ohne Täterzentrierung. Besonders bei sexualisierter Gewalt, Messerangriffen, Einbruchsserien und Clan-Kriminalität braucht es ein konsequentes Strafmaß.

Wir fordern eine Absenkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre bei schweren Delikten. Jugendlischer Täterschutz darf nicht zum Freibrief für Gewalt verkommen. Prävention ist wichtig – aber nicht auf Kosten der Sicherheit Unbeteiligter.

2.3 Kampf gegen Extremismus ohne Scheuklappen

Staat und Gesellschaft werden nicht nur von außen bedroht. Clankriminalität, Linksextremismus, Islamismus und staatsfeindliche Netzwerke gefährden das Fundament unserer Ordnung. Wir fordern eine ideologiefreie Betrachtung: Wer den Staat ablehnt, ihn verachtet oder unterwandert, hat kein Anrecht auf dessen Schutz und keine moralische Legitimation, Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Sicherheitsbehörden müssen wieder in die Lage versetzt werden, frühzeitig zu handeln – mit gesetzlicher Rückendeckung und politischer Rückendeckung. Wir dulden keine rechtsfreien Räume, weder in Moscheen noch in besetzten Häusern.

3. Migration und Integration

3.1 Ordnung statt Chaos

Die Migrationspolitik der vergangenen Jahre war geprägt von Kontrollverlust, Naivität und ideologischer Verblendung. Wir fordern eine komplette Neuausrichtung: Deutschland entscheidet, wer ins Land kommt – nicht NGOs, Schleuser oder supranationale Organisationen.

Illegale Migration wird konsequent gestoppt. Das Asylrecht wird auf das völkerrechtlich notwendige Maß reduziert. Rückführungen erfolgen ohne Ausnahme und mit politischem Willen. Es darf keinen Anspruch auf Einwanderung geben – nur eine Einladung, wenn es im Interesse unseres Landes ist.

3.2 Qualifizierte Zuwanderung nach Maß

Deutschland kann von gezielter Einwanderung profitieren – wenn sie klar gesteuert wird. Wir fordern ein Punktesystem, das nach objektiven Kriterien funktioniert: Sprachkenntnisse, Bildung, Werteverständnis, berufliche Qualifikation und Integrationswille entscheiden über Aufnahme.

Wir holen die Fachkräfte, die wir brauchen – nicht jene, die uns ideologische Programme aufzwingen wollen. Zuwanderung ist kein moralisches Projekt, sondern eine nationale Aufgabe mit klaren Regeln.

3.3 Integration ist eine Bringschuld

Wer in Deutschland leben will, muss sich anpassen. Sprache, Arbeit, Rechtstreue und Respekt vor unserer Kultur sind Mindestanforderungen. Integration ist keine Einbahnstraße – sie kann nur gelingen, wenn der Wille zur Anpassung besteht.

Wer sich dauerhaft verweigert, muss Deutschland wieder verlassen. Der deutsche Sozialstaat ist kein Experimentierfeld für Parallelgesellschaften. Unsere Gesellschaft beruht auf gemeinsamen Werten – nicht auf einem Nebeneinander beliebiger Identitäten.

4. Familie und Gesellschaft

4.1 Familie als Rückgrat der Nation

Die Familie ist das Fundament jeder stabilen Gesellschaft. Unsere Leitvorstellung bleibt die klassische Familie: Vater, Mutter, Kinder. Sie ist biologisch gewachsen, kulturell bewährt und verdient staatlichen Schutz. Andere Lebensentwürfe werden in einer freien Gesellschaft toleriert, aber der Staat hat die Aufgabe, klare Prioritäten zu setzen – zugunsten des Modells, das sich über Generationen bewährt hat.

Kinder brauchen verlässliche Bindungen, klare Rollenbilder und stabile Lebensverhältnisse. Der Staat darf Familie nicht nur als Kostenfaktor betrachten, sondern muss sie als strategische Zukunftsinvestition begreifen.

4.2 Elternrechte und Wahlfreiheit

Eltern sind keine Erziehungsgehilfen des Staates. Sie haben das natürliche Recht, über die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder zu entscheiden. Wir stehen für echte Wahlfreiheit zwischen familiärer Betreuung, Kindertagesstätten oder Mischformen – ohne staatlichen Druck in eine bestimmte Richtung.

Der Staat hat die Pflicht, alle Modelle fair zu unterstützen. Wer seine Kinder selbst betreut, darf weder finanziell noch gesellschaftlich benachteiligt werden. Die staatliche Einmischung in familiäre Fragen hat Grenzen – wir ziehen diese Grenze klar.

4.3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Unsere Gesellschaft braucht wieder Verlässlichkeit, Ordnung, Höflichkeit und Gemeinsinn. Diese Werte müssen sichtbar sein – in Schulen, Behörden, Medien und im Alltag. Der Respekt vor Alter, Leistung und öffentlichem Raum muss wieder gestärkt werden. Wer in Deutschland lebt, muss sich an gesellschaftliche Spielregeln halten – und darf diese nicht beliebig uminterpretieren.

Wir fördern bürgerliches Engagement, Ehrenamt, Vereinskultur und lokale Strukturen. Der soziale Kitt unserer Gesellschaft entsteht nicht durch Umverteilung, sondern durch gemeinsame Werte und gegenseitige Verantwortung.

5. Bildung und Werte

5.1 Leistung statt Ideologie

Die Schule hat den Auftrag zu bilden – nicht zu erziehen. Wir fordern eine Rückkehr zum Leistungsprinzip: Wissen, Disziplin und Zielstrebigkeit stehen im Mittelpunkt. Noten müssen ehrlich, Abschlüsse vergleichbar und Lehrer wieder Autoritäten sein. Bildung darf kein Experimentierfeld für linksideologische Gesellschaftsprojekte sein.

Wir sagen klar Nein zu Frühsexualisierung, Genderlehrplänen und politischer Umerziehung im Klassenzimmer. Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf neutrale, faktenbasierte Bildung – keine ideologische Dressur.

5.2 Allgemeinbildung und berufliche Perspektiven

Unsere Schüler brauchen eine solide Allgemeinbildung: Rechtskunde, Wirtschaft, Geschichte und Ethik müssen wieder in den Fokus rücken. Politische Bildung darf nicht moralisieren, sondern muss informieren – mit Raum für Meinungsvielfalt.

Wir werten die berufliche Bildung auf. Handwerk, Industrie und duale Ausbildung sind tragende Säulen unserer Wirtschaft. Die Gleichstellung von akademischer und beruflicher Laufbahn ist überfällig. Ein Abitur ersetzt keine Fachkenntnis – praktische Fähigkeiten verdienen denselben Respekt wie theoretisches Wissen.

5.3 Keine ideologische Indoktrination

Schulen und Universitäten dürfen nicht zum Spielball aktueller gesellschaftlicher Moden werden. Wir fordern eine strikte politische Neutralität im Bildungswesen. Lehrpläne haben keine Meinungen zu verbreiten, sondern Fakten zu vermitteln.

Genderideologie, Cancel Culture und Meinungszensur haben an Schulen nichts verloren. Wir wollen eine Jugend, die selbstständig denkt. Lehrer sind keine Aktivisten – sie sind Wissensvermittler.

6. Wirtschaft, Arbeit und Sozialsystem

6.1 Freiheit statt Umverteilung

Der Sozialstaat hat seine Berechtigung – aber nicht als Dauerlösung. Wir stehen für Hilfe zur Selbsthilfe: Wer in Not gerät, wird unterstützt. Wer dauerhaft leistungsfähig ist, muss arbeiten. Das Bürgergeld in seiner aktuellen Form wird abgeschafft. Stattdessen schaffen wir eine aktivierende Grundsicherung mit klaren Mitwirkungspflichten.

Der Sozialstaat darf nicht zur Existenzgrundlage für jene werden, die sich bewusst jeder Integration und Eigenverantwortung entziehen. Soziale Leistungen müssen zielgerichtet, befristet und überprüfbar sein. Die Pflicht zur Gegenleistung ist Teil jeder gerechten Gesellschaft.

6.2 Leistung belohnen – nicht bestrafen

Wer arbeitet, muss spürbar mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Wir fordern eine Senkung der Lohnsteuer, die steuerliche Freistellung von Überstunden und die vollständige Abschaffung der kalten Progression. Der Staat darf nicht der größte Profiteur von Mehrarbeit sein.

Unternehmerisches Risiko, Eigeninitiative und Innovation müssen sich lohnen. Leistung ist kein verdächtiges Konzept, sondern Voraussetzung für Wohlstand und soziale Sicherheit.

6.3 Mittelstand, Handwerk, Eigentum

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft – nicht die Großkonzerne und nicht die Lobbyindustrie. Wir entlasten Handwerk und Mittelstand von überbordender Bürokratie, fördern Unternehmensgründungen, sichern Eigentum und stärken das Unternehmertum.

Das Eigentum muss wieder als Grundrecht und nicht als Belastung verstanden werden. Wir fördern die Eigentumbildung – sei es durch Immobilien, Betriebsgründungen oder Erbschaften. Eine Gesellschaft mit starkem Eigentum ist eine stabile Gesellschaft.

7. Energie- und Klimapolitik

7.1 Vernunft statt Ideologie

Klimaschutz ist wichtig – aber kein Ersatz für Politik. Wir setzen auf technische Innovation, wirtschaftliche Vernunft und solide Infrastruktur statt auf Alarmismus, Verzicht und Umerziehung. Der Klimawandel lässt sich nicht durch Verbotspolitik stoppen, sondern nur durch Fortschritt, Forschung und marktgerechte Lösungen.

Subventionen müssen gezielt eingesetzt werden – nicht mit der Gießkanne für jedes politische Projekt. Der Staat gibt die Richtung vor, aber der Markt findet die effizientesten Wege. Verbote sind nur das letzte Mittel, wenn alle anderen Maßnahmen versagen.

7.2 Energieversorgung sichern

Deutschland braucht eine stabile, bezahlbare und souveräne Energieversorgung. Dazu gehören Kernkraft, Wasserstoff, Erdgas und ergänzend erneuerbare Energien – dort, wo sie effizient sind und keine Landschaft zerstören.

Windkraft ist kein Allheilmittel. Der Ausbau darf nur dort erfolgen, wo er gesellschaftlich akzeptiert und ökologisch vertretbar ist. Wir lehnen eine ideologische Ausrichtung der Energiepolitik ab – sie muss dem Bürger, der Wirtschaft und der Versorgungssicherheit dienen.

7.3 Keine sinnlosen Einschränkungen

Wir lehnen pauschale Fahrverbote, Tempolimits oder Verbotsgesetze gegen den Verbrennungsmotor ab. Solche Maßnahmen sind Symbolpolitik ohne Substanz. Technischer Fortschritt – etwa durch synthetische Kraftstoffe oder saubere Verbrenner – ist der bessere Weg.

Der Bürger darf nicht zum Klima-Sündenbock gemacht werden. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn er mit wirtschaftlicher Vernunft, technischer Machbarkeit und gesellschaftlicher Akzeptanz verbunden ist.

8. Umwelt, Landwirtschaft und Raumordnung

8.1 Heimat bewahren – statt globale Symbolpolitik

Umweltschutz beginnt vor der eigenen Haustür. Der Erhalt unserer Wälder, Felder, Flüsse und Dörfer ist nicht nur ökologisch, sondern kulturell notwendig. Wir wollen keinen ideologischen Öko-Globalismus, sondern realistischen, bodenständigen Umweltschutz. Wer Heimat schützt, schützt Umwelt.

Deshalb setzen wir auf regionale Kreisläufe, vernünftige Raumordnung und konkrete Projekte statt auf abstrakte Weltklimaziele. Der ländliche Raum darf nicht der Spielball städtischer Klimafantasien werden – er ist Lebensraum, Wirtschaftsstandort und Kulturraum zugleich.

8.2 Landwirtschaft stärken – statt gängeln

Unsere Bauern sind nicht das Problem, sie sind Teil der Lösung. Landwirte sorgen für Ernährungssicherheit, bewirtschaften unsere Kulturlandschaft und tragen zur regionalen Wirtschaftskraft bei. Wir stehen gegen eine Politik, die sie mit Vorschriften überzieht, enteignet und moralisch abwertet.

Wir setzen auf moderne Technik, marktorientierte Lösungen, fairen Wettbewerb und klare Eigentumsrechte. Die EU-Bürokratie muss zurückgedrängt, nationale Spielräume für eine landwirtschaftsfreundliche Politik ausgeschöpft werden. Der Beruf des Landwirts muss wieder geachtet, nicht verdächtigt werden.

8.3 Raumordnung mit Augenmaß

Zersiedelung, Flächenversiegelung und naturferne Großprojekte zerstören die ländliche Struktur. Raumordnung darf kein Werkzeug für Großinvestoren oder grüne Zentralisten sein, sondern muss regionale Besonderheiten schützen. Wir fordern sinnvolle Bebauungsgrenzen, die Förderung regionaler Baukultur und eine verbindliche Bürgerbeteiligung bei Großprojekten.

9. Gesundheit und Pflege

9.1 Daseinsvorsorge sichern

Gesundheit ist kein Luxus, sondern Grundversorgung. Jeder Bürger – egal ob in der Stadt oder auf dem Land – hat Anspruch auf medizinische Betreuung. Wir setzen auf wohnortnahe Krankenhäuser, Hausarztpraxen und Apotheken. Zentralisierung darf nicht zur Unterversorgung führen.

Der Staat muss eine Infrastruktur sichern, die auch in strukturschwächeren Regionen funktioniert. Telemedizin, mobile Dienste und digitale Verwaltung können helfen – aber nicht ersetzen. Gesundheit bleibt Kernaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

9.2 Pflege mit Würde und Rückhalt

Pflegekräfte tragen eine enorme Verantwortung und verdienen mehr als Dankesworte. Wir setzen uns für bessere Bezahlung, verlässliche Dienstpläne, Entlastung im Alltag und mehr gesellschaftliche Anerkennung ein. Die Pflege darf nicht zum Billiglohnsektor verkommen.

Pflegebedürftige und ihre Angehörigen brauchen Unterstützung, Beratung und faire Rahmenbedingungen. Die Eigenverantwortung darf nicht durch Bürokratie erstickt werden. Wir fördern den Ausbau ambulanter Angebote, Tagespflegeeinrichtungen und familiärer Betreuung.

9.3 Mischsystem erhalten – Gerechtigkeit garantieren

Die Mischung aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich bewährt. Jeder soll selbst wählen können, aber niemand darf durchs Raster fallen. Wir setzen uns für mehr Transparenz, faire Beiträge und weniger Leistungslücken ein. Ein staatliches Gesundheitssystem muss funktionieren – aber nicht durch Verstaatlichung, sondern durch klare Regeln und Wettbewerb.

10. Sicherheit und Bundeswehr

10.1 Wehrhaft, aber mit Maß

Die Bundeswehr ist keine außenpolitische Spielkarte – sie ist Teil unserer nationalen Selbstbehauptung. Ihre Hauptaufgabe bleibt die Verteidigung Deutschlands und seiner Bündnispartner. Wir lehnen geopolitische Abenteuer, ideologisch motivierte Auslandseinsätze und militärische Symbolpolitik ab.

Die Bundeswehr muss einsatzfähig, modern und professionell ausgestattet sein. Dafür braucht es in den nächsten zehn Jahren realistische Investitionen in Höhe von 150 bis 200 Milliarden Euro. Wir setzen auf Verteidigungsfähigkeit, nicht auf Aufrüstung um jeden Preis.

10.2 Attraktivität statt Zwang

Wir sprechen uns gegen eine allgemeine Wehrpflicht aus, setzen aber auf gezielte Nachwuchsgewinnung. Die Bundeswehr muss für junge Menschen attraktiv sein – durch faire Bezahlung, moderne Ausstattung, klare Karriereperspektiven und gesellschaftliche Anerkennung.

Ein freiwilliges Gesellschaftsjahr – ob bei Bundeswehr, Katastrophenschutz oder in sozialen Diensten – kann helfen, das Verantwortungsgefühl junger Bürger zu stärken. Wir setzen dabei auf Freiwilligkeit mit Anreizen statt auf Zwang.

10.3 Bündnistreue – aber keine Unterordnung

Deutschland bleibt Teil der NATO – wir stehen zu unseren Bündnissen. Bündnistreue bedeutet aber nicht bedingungslose Unterordnung. Wir fordern Mitspracherecht, Selbstachtung und nationale Souveränität auch innerhalb internationaler Strukturen.

Die außenpolitische Orientierung Deutschlands muss sich an den Interessen unseres Landes und unserer Wirtschaft orientieren – nicht an moralischer Hybris oder fremden Erwartungen.

11. Medien und Meinungsfreiheit

11.1 Öffentlich-rechtlicher Rundfunk: schlanker, neutraler, ehrlicher

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner aktuellen Form hat sich von seinem Auftrag entfernt. Statt ausgewogener Berichterstattung erleben wir zunehmend Haltungsjournalismus, Personalklüngel und politische Einseitigkeit. Wir fordern eine grundlegende Reform: weniger Gebühren, weniger Kanäle, mehr journalistische Neutralität.

Der Rundfunkauftrag muss sich wieder auf objektive Information, Kultur und Bildung konzentrieren. Unterhaltung kann privatwirtschaftlich organisiert werden. Zwangsgebühren in der bisherigen Form lehnen wir ab – Bürger sollen wählen können, ob sie bezahlen wollen.

11.2 Politische Bildung ohne Bevormundung

Politische Bildung ist wichtig – aber sie muss faktenbasiert, sachlich und pluralistisch sein. Wir lehnen jede Form der politischen Erziehungsarbeit in Schulen, Medien oder Behörden ab. Der Staat darf Bürger nicht „richten“, sondern muss sie befähigen, selbstständig zu denken.

Debatte ist Teil der Demokratie. Wer Kritik übt – an Regierung, Institutionen oder Medien – ist nicht automatisch radikal. Meinungsvielfalt ist kein Risiko, sondern Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft.

11.3 Meinungsfreiheit heißt auch Widerspruch aushalten

Wir bekennen uns zur uneingeschränkten Meinungsfreiheit – auch und gerade dann, wenn sie unbequem ist. Strafrechtliche Grenzen wie Volksverhetzung bleiben bestehen, aber der Staat darf nicht zum Meinungswächter werden. Plattformen dürfen nicht durch politische Vorgaben zensieren oder canceln.

Die freie Rede ist Grundlage jeder Demokratie. Wer sie einschränkt, verlässt den Boden der Freiheit – egal ob von links, rechts oder aus vermeintlichem Schutzbedürfnis.

12. Identität, Kultur und Geschichte

12.1 Deutschland ist mehr als Verwaltung

Wir stehen zu unserer nationalen Identität. Deutschland ist nicht nur ein Wirtschaftsstandort, sondern ein Land mit gewachsener Kultur, Sprache, Geschichte und Verantwortung. Patriotismus ist kein Verdacht – sondern eine Haltung. Wir lieben unser Land ohne es zu verklären, und wir wollen es erhalten, nicht auflösen.

Kulturelle Selbstachtung bedeutet auch kulturelle Selbstbehauptung. Wer in Deutschland lebt, muss die hiesige Leitkultur respektieren – ohne Wenn und Aber.

12.2 Erinnerung ohne Schuld kult

Wir bekennen uns zu einer ehrlichen, differenzierten Erinnerungskultur. Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind Teil unserer Geschichte, aber keine moralische Erbsünde. Verantwortung heißt nicht Selbstverleugnung.

Wir wollen ein Geschichtsbewusstsein, das auf Wahrheit, nicht auf Schuldpädagogik basiert. Unsere Vergangenheit verpflichtet uns – aber sie darf uns nicht lähmen. Deutschland hat mehr als 12 Jahre Geschichte.

12.3 Deutschsein ist kein Zufall

Staatsbürgerschaft ist mehr als ein Verwaltungsakt. Sie bedeutet Bindung, Loyalität und Zugehörigkeit. Wir setzen uns für eine klare Definition deutscher Identität ein: kulturell, sprachlich, historisch und rechtlich.

Multikulturalismus als staatliches Konzept ist gescheitert. Integration ist Bringschuld – wer bleiben will, muss sich anpassen. Wer unser Land ablehnt, hat kein Anrecht auf seine Vorteile.

13. Außenpolitik und internationale Ordnung

13.1 NATO und internationale Sicherheitsarchitektur

Deutschland steht zur NATO und zur gemeinsamen Verteidigung Europas. Bündnistreue ist für uns selbstverständlich – aber sie darf nicht bedeuten, dass Deutschland blind jedem geopolitischen Abenteuer folgt. Wir wollen eine NATO, die der Sicherheit Europas dient, nicht einer globalen Hegemonie. Deutschland muss militärisch in der Lage sein, auch eigenständig zu handeln, wenn es nötig ist. Unsere Verteidigungspolitik orientiert sich am Prinzip: Wehrhaft, aber mit Maß.

13.2 Verhältnis zur EU

Wir bekennen uns zur Europäischen Union, aber fordern eine klare Rückführung zentralistischer Strukturen. Die EU darf kein Ersatzstaat werden. Wir wollen ein Europa der souveränen Nationen, die freiwillig zusammenarbeiten – nicht ein Europa der Zwangsverordnungen. Nationale Parlamente müssen das letzte Wort in Fragen wie Migration, Haushaltsführung, Energie oder Rechtsprechung behalten.

13.3 Verhältnis zu Russland, USA und China

Außenpolitik muss sich an nationalen Interessen orientieren – nicht an ideologischer Rhetorik. Wir fordern ein neutrales, pragmatisches Verhältnis zu allen Großmächten. Deutschland darf sich weder als Vasall der USA noch als Gegner Russlands oder Chinas verstehen. Die Beziehungen zu Russland sind von strategischem Interesse – wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch. Die Sanktionen der letzten Jahre haben mehr geschadet als genützt. Ein vorsichtiger diplomatischer Neustart ist notwendig – ohne Illusionen, aber mit klaren Interessen. Der Bau und Betrieb von Nord Stream 2 ist aus Sicht der Energiesicherheit sinnvoll und muss wieder auf den Tisch.

13.4 Außenwirtschaft und Energie

Deutschland muss sich außenpolitisch so aufstellen, dass seine Wirtschaft florieren kann. Unsere Exportindustrie, unser Energiemarkt und unsere Innovationskraft brauchen stabile Beziehungen – nicht moralische Alleingänge. Wir setzen uns für freie Handelsabkommen mit klaren Standards ein, aber ohne Abhängigkeiten.

Energiepartnerschaften müssen nach dem Prinzip der nationalen Versorgungssicherheit neu bewertet werden.

14. Digitalisierung und Infrastruktur

14.1 Breitbandausbau, 5G und Zukunftstechnologien

Ein modernes Land braucht eine moderne Infrastruktur. Deutschland hinkt in der digitalen Grundversorgung deutlich hinterher. Wir fordern massive Investitionen in Glasfaser, 5G-Netze und Satellitentechnologie – nicht als Prestigeprojekt, sondern als wirtschaftliche Notwendigkeit. Der Staat muss dort eingreifen, wo private Anbieter nicht investieren. Wir setzen auf eine flächendeckende Versorgung – in Städten genauso wie im ländlichen Raum.

14.2 Digitalisierung der Verwaltung

Behörden in Deutschland arbeiten noch immer auf Papierbasis, während andere Länder längst vollständig digital sind. Wir fordern eine vollständige digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung. Bürger sollen Behördengänge per App erledigen können. Anträge, Dokumente, Meldungen – alles digital, rechtsverbindlich und sicher. Die Digitalisierung darf dabei nicht in ausufernde Bürokratie oder Datenschutz-Paranoia abrutschen, sondern muss pragmatisch, effizient und bürgerfreundlich sein.

14.3 Datensicherheit und Verbraucherschutz

Datenschutz ist wichtig – aber er darf nicht zur Innovationsbremse werden. Wir setzen auf einen schlanken, verständlichen Rechtsrahmen, der Bürger schützt, ohne Unternehmen zu ersticken. Bürger haben ein Recht auf den Schutz ihrer Daten, Unternehmen haben ein Recht auf Rechtssicherheit. Wir lehnen eine Überregulierung ab und fordern praktikable Lösungen statt Verbotskultur.

14.4 Kritische Infrastruktur unter staatlicher Kontrolle

Kritische Infrastrukturen – etwa Energienetze, Kommunikationssysteme und Gesundheitsdaten – müssen im Notfall staatlich abgesichert werden. Das heißt nicht: alles verstaatlichen. Aber der Staat muss jederzeit eingreifen können, wenn Versorgungssicherheit oder Souveränität gefährdet sind. Ausländische Kontrolle über sensible Infrastruktur lehnen wir strikt ab.

14.5 Innovation als Standortfaktor

Technologischer Fortschritt ist kein Selbstzweck – er ist die Grundlage für unseren Wohlstand. Wir fordern eine innovationsfreundliche Politik: Forschung, Start-ups, Entwicklungslabore – mit gezielter staatlicher Förderung, aber ohne ideologische Fesseln. Der Staat soll ermöglichen, nicht behindern. Unser Ziel: Deutschland als führender Technologiestandort – in Medizin, Industrie, Energie und Verwaltung.

15. Soziale Sicherungssysteme

15.1 Altersvorsorge: Pflicht und Freiheit

Wir stehen für ein Zwei-Säulen-Modell der Altersvorsorge: Die staatliche Rente muss für jeden zugänglich, aber nicht alternativlos sein. Bürger sollen selbst entscheiden können, ob sie zusätzlich privat vorsorgen – ohne vom Staat dafür bestraft zu werden. Private Modelle sollen gefördert, nicht behindert werden. Gleichzeitig muss die staatliche Altersvorsorge für diejenigen gesichert sein, die nicht eigenständig vorsorgen können. Die Umlagefinanzierung allein ist nicht mehr tragfähig – wir setzen auf Ergänzung durch Kapitaldeckung und private Vorsorgefreiheit.

15.2 Kranken- und Pflegeversicherung: Wahlfreiheit statt Zwang

Das Gesundheitssystem braucht Effizienz, Qualität und Wahlfreiheit. Wir befürworten eine Mischform aus gesetzlicher und privater Versicherung, in der sich jeder Bürger aktiv entscheiden kann. Wer mehr leistet, darf mehr bekommen – wer Unterstützung braucht, erhält sie. Es darf keine Zweiklassenmedizin geben, aber auch keine Einheitsversorgung auf niedrigem Niveau. Die Pflegeversicherung muss entbürokratisiert, gestärkt und auf solidere Füße gestellt werden. Pflegepersonal verdient nicht nur Bezahlung, sondern auch Respekt, Entlastung und Perspektiven.

15.3 Der Sozialstaat als Hilfe zur Selbsthilfe

Soziale Unterstützung darf kein Lebensmodell werden. Der Sozialstaat muss Hilfe geben, wo Not ist – aber klare Mitwirkungspflichten setzen. Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Stattdessen fordern wir eine aktivierende Grundsicherung, die Leistungen an Eigenverantwortung koppelt. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer sich verweigert, verliert Ansprüche. Unser Ziel ist ein starker Sozialstaat – nicht als Umverteilungsmaschine, sondern als Brücke in die Selbstständigkeit.

16. Wohnungsbau und Städteentwicklung

16.1 Wohnraum schaffen – statt nur verwalten

Wohnen ist ein Grundbedürfnis – deshalb braucht Deutschland wieder eine klare Bauoffensive. Staatlicher Wohnungsbau ist notwendig, aber keine Dauerlösung. Wir setzen auf einen Mix aus öffentlicher Förderung, privatem Engagement und Deregulierung. Bauvorschriften müssen entschlackt, Genehmigungsverfahren massiv beschleunigt werden. Der Staat muss dort aktiv werden, wo der Markt nicht funktioniert – aber er soll nicht selbst zum Wohnungskonzern werden.

16.2 Mietrecht mit Augenmaß

Wir erkennen an, dass steigende Mieten für viele Menschen ein Problem sind. Gleichzeitig dürfen Eingriffe in den Wohnungsmarkt nicht Investitionen zerstören. Mietpreisdeckel, Enteignungsfantasien und planwirtschaftliche Eingriffe lehnen wir ab. Stattdessen fordern wir gezielte Anreize für den Neubau, steuerliche Vorteile für Vermieter mit fairem Mietverhalten und die Förderung von Eigentumsbildung.

16.3 Städtebau und Raumordnung

Die Stadt von morgen muss sicher, sauber, bezahlbar und lebenswert sein. Wir setzen auf eine klare Raumordnungspolitik im öffentlichen Raum: gegen Verwahrlosung, Drogenkriminalität und ideologische Experimente. Gleichzeitig braucht es eine kluge Raumordnungspolitik, die auch den ländlichen Raum stärkt. Wir setzen auf den privaten Sektor beim Städtebau, greifen aber ein, wenn es die wirtschaftliche oder soziale Stabilität erfordert. Die Balance zwischen Markt und Gemeinwohl muss wiederhergestellt werden.

17. Justiz und Rechtsstaat

17.1 Unabhängigkeit der Justiz bewahren

Eine funktionierende Demokratie braucht eine unabhängige Justiz. Wir fordern klare Trennung zwischen Justiz und politischem Einfluss. Richter, besonders an höchsten Gerichten wie dem Bundesverfassungsgericht, sollen grundsätzlich parteilos sein. Die Auswahl darf nicht nach politischer Zugehörigkeit erfolgen, sondern nach Qualifikation, Erfahrung und Integrität. Der Rechtsstaat lebt von Vertrauen – dieses darf nicht durch parteipolitische Postenvergabe untergraben werden.

17.2 Ausstattung und Effizienz steigern

Die Justiz leidet unter Personalmangel, Überlastung und technischer Rückständigkeit. Wir fordern eine massive personelle Aufstockung und die Digitalisierung aller Gerichtsprozesse. Gleichzeitig muss Bürokratie abgebaut werden. Langwierige Verfahren zerstören das Vertrauen der Bürger in Gerechtigkeit – wir setzen auf schnellere Entscheidungen, klare Fristen und mehr Effizienz. Gerichte sollen wieder verlässlich und berechenbar urteilen – nicht Monate oder Jahre verzögern.

17.3 Schutz von Verfassung und Gesellschaft

Wer unsere freiheitliche Ordnung ablehnt, darf sie nicht gleichzeitig missbrauchen. Wir fordern klare Konsequenzen für Islamisten, Kalifat-Förderer, Linksextremisten, Clankriminelle und Reichsbürger. Die Forderung nach einem Kalifat oder die aktive Bekämpfung des Rechtsstaats sollen unter Strafe gestellt werden. Verfassungsfeinde gehören nicht in Ämter oder in staatlich finanzierte Organisation. Das Grundgesetz ist die Leitlinie – wer sie ablehnt, verliert den Anspruch auf staatliche Toleranz.

17.4 Schutz für Whistleblower – Klarheit für Grenzen

Wer Missstände in Politik, Wirtschaft oder Verwaltung aufdeckt, braucht Schutz – aber nicht schrankenlose Narrenfreiheit. Wir fordern ein ausgewogenes Whistleblower-Gesetz, das mutige Hinweise schützt, aber auch Missbrauch verhindert. Staatliche Integrität braucht Kontrolle – aber auch Rechtssicherheit.

18. Innere Werte, Religion und gesellschaftliche Grundordnung

18.1 Trennung von Staat und Religion

Der Staat ist weltanschaulich neutral. Religion ist Privatsache – keine politische oder gesellschaftliche Machtinstanz. Wir fordern eine konsequente Trennung von Staat und Religion.

18.2 Religion im öffentlichen Raum

Religion soll respektiert, aber nicht dominant sein. Das öffentliche Leben darf nicht durch religiöse Forderungen eingeschränkt oder umgestaltet werden – egal aus welcher Richtung. Wer in Deutschland lebt, muss akzeptieren, dass Religion eine private Angelegenheit ist. Wir treten dafür ein, religiöse Symbole aus Behörden, Gerichten und Schulen zu entfernen. Gleichzeitig gilt: Jeder darf seine Religion ausüben – solange er nicht andere damit einschränkt.

18.3 Gesellschaftlicher Zusammenhalt durch Werte

Unsere Gesellschaft braucht ein neues Fundament: Disziplin, Höflichkeit, Gemeinsinn, Verantwortung und Maß. Diese Werte sind keine „alten Zöpfe“, sondern Grundlagen für eine funktionierende Nation. Der Verlust gesellschaftlicher Ordnung führt zu Spaltung, Respektlosigkeit und Chaos. Wir fordern ein Umdenken – in Bildung, Medien, Verwaltung und öffentlichem Diskurs. Deutschland braucht wieder innere Haltung – nicht permanente Selbstverleugnung.

19. Umwelt-, Klima- und Energiepolitik

19.1 Klimapolitik mit Vernunft

Der Klimawandel ist eine Herausforderung, aber kein Vorwand für politische Hysterie. Wir setzen auf technische Lösungen statt ideologischer Verbote. Innovation, Forschung und marktwirtschaftliche Anreize sind die Mittel unserer Wahl. Der Staat soll Rahmenbedingungen setzen, aber keine Lebensweise vorschreiben. Der CO₂-Ausstoß muss reduziert werden – aber auf eine Weise, die Wohlstand und Industrie nicht gefährdet. Klimapolitik darf kein Ersatz für echte Politik sein.

19.2 Energieversorgung: Stabil, bezahlbar, souverän

Deutschland braucht eine sichere und bezahlbare Energieversorgung – ohne ideologische Scheuklappen. Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie sowie Investitionen in moderne Reaktortechnologie. Erdgas bleibt auf absehbare Zeit notwendig. Gleichzeitig setzen wir auf eine sinnvolle Nutzung erneuerbarer Energien – dort, wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist. Windkraftanlagen gehören nicht in Naturschutzgebiete oder vor Wohnsiedlungen. Die Energiepolitik muss technologieoffen, aber realistisch bleiben.

19.3 Keine Einschränkungen ohne Augenmaß

Maßnahmen wie Tempolimits, Verbote von Verbrennungsmotoren oder Heizungszwang lehnen wir ab. Sie sind Symbole einer Bevormundungspolitik, die Bürger entmündigt und Unternehmen schadet. Wir stehen für Technologieoffenheit, nicht für Verbotskultur. Innovation entsteht durch Wettbewerb, nicht durch Zwang. Die Bürger sollen entscheiden können, wie sie leben und mobil sein wollen – im Rahmen eines vernünftigen Regelwerks, aber nicht unter ideologischer Aufsicht.

19.4 Heimat schützen – nicht global überdrehen

Umweltschutz ist Heimatschutz. Wir setzen auf regionale Projekte, Erhalt von Kulturlandschaften und nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen. Internationale Umweltabkommen dürfen nicht auf Kosten unserer Wirtschaft oder Souveränität gehen. Deutschland kann Vorbild sein – aber nicht durch Selbstzerstörung. Wir schützen

Wälder, Böden, Wasser und Artenvielfalt – durch Verantwortung, nicht durch Selbstkasteiung.

20. Landwirtschaft, Ernährung und ländlicher Raum

20.1 Landwirtschaft als Partner der Gesellschaft

Landwirte sind keine Feinde der Umwelt, sondern unverzichtbare Partner für eine nachhaltige Gesellschaft. Sie sichern unsere Nahrungsmittelversorgung und bewahren Kulturlandschaften. Wir setzen auf Eigenverantwortung, moderne Technik und faire Marktbedingungen statt auf Überregulierung und Misstrauen. Die Landwirtschaft muss gestärkt und nicht durch EU-Bürokratie ausgebremst werden.

20.2 Ernährungssicherheit und Qualität

Die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln muss in Deutschland jederzeit gewährleistet sein. Importabhängigkeit, besonders bei Grundnahrungsmitteln und Futtermitteln, darf nicht zur Gefahr werden. Qualität, Regionalität und Transparenz stehen im Vordergrund. Verbraucher sollen wissen, woher ihre Lebensmittel kommen und wie sie produziert wurden.

20.3 Förderung des ländlichen Raums

Der ländliche Raum ist mehr als nur Agrarfläche – er ist Lebensraum für Millionen. Infrastruktur, medizinische Versorgung, Bildung und digitale Anbindung müssen flächendeckend sichergestellt werden. Nur so kann Abwanderung verhindert und die Lebensqualität auf dem Land gesichert werden. Staatliche Förderung soll gezielt, wirksam und bürokratiearm sein.

20.4 Nachhaltigkeit durch Innovation und Praxis

Wir fördern nachhaltige Anbaumethoden und Technologien, die Erträge sichern und Umwelt schützen. Gleichzeitig lehnen wir ideologische Verbote und Verbotspolitik ab, die Landwirtschaft und Produktion unnötig verteuern. Nur ein ausgewogener Weg sichert die Zukunft von Landwirten und Verbrauchern gleichermaßen.